

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2006
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 26.04.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Lokales Bündnis für Familien
4. Stellenplan 2006 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0164/2006
5. Kindergartenbedarfsplanung
hier: Betreuung von Kindern unter 3 Jahren - Zweite Lesung -
Vorlage: 0194/2006
6. Beratung und Maßnahmen im Übergang Schule - Beruf
Schuljahr 2005/2006
Vorlage: 0302/2006
7. Antrag der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen auf finanzielle Förderung der Arbeit
Vorlage: 0278/2006
8. Haushaltsplanberatungen 2006
9. Haushaltskonsolidierung und Umstrukturierung in der kommunalen Drogenhilfe zur Kompensation ausfallender Landesmittel und bedarfsgerechter Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II
Vorlage: 0308/2006



10. Anfragen gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Mitteilungen

Herr Steuber erklärt zunächst, dass Herr Dr. Schmidt aus privaten Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Er verweist auf die mit der Einladung versandte Auflistung neuer gesetzlicher Regelungen und hebt besonders hervor, dass 50 neue Regelungen in den letzten 4 Jahren doch beachtlich seien.

Herr Fischer teilt zur Volksinitiative zum Kinder- und Jugendförderplan mit, dass die Landesregierung beabsichtige, ihn auf 75 Mill. EUR festzuschreiben. Es müsse allerdings noch zur Beratung im Landtag kommen, da die Unterschriftenanzahl erreicht worden sei. Es seien zwar inzwischen bereits 180.000 Unterschriften zusammengekommen, trotzdem könnten bis zum 05.05.2006 weiter Unterschriften gesammelt werden. Er appelliert an alle, vorhandene Kontakte hierfür entsprechend zu nutzen.

Frau Burghardt berichtet über eine zweite Volksinitiative gegen Kürzungen im Kindergartenbereich, Beratungsstellen, Frauenhäuser usw. Hier seien statt der notwendigen 800 Unterschriften in Hagen etwa 5.000 gesammelt worden. Für die von Herrn Fischer angesprochene Initiative gebe es außerdem 1.200 Unterschriften. Sie teilt mit, dass für eine Demonstration am Mittwoch in Düsseldorf noch Anmeldungen möglich seien. Weiter lädt sie ein für Freitag, den 02.06.2006 zum Richtfest für ein Haus für Kinder in der Potthofstraße (Park gegenüber dem Rathaus).

2. Anliegen der Jugendräte

Frau Lebuser verweist zunächst auf die bisherigen Berichte über das Ruhrtalprojekt, ein Projekt aller Hagener Jugendräte, das jetzt zum Abschluss kommen sollte. Jeder Jugendrat hat einen Etat und vier Jugendräte hätten beschlossen, aus ihrem Etat je 500,- EUR für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen. Im Jugendrat Haspe, der noch Mittel in Höhe von 800,- EUR aus 2005 habe, sei Ende Februar 2006 beschlossen worden, 300,- EUR für die Bücherei des Christian-Rohlfs-Gymnasiums und 500,- EUR für das Ruhrtalprojekt auszugeben.

Am 05.04.2006 habe die BV Haspe jedoch beschlossen, dass die Mittel des Jugendrates einerseits nicht für schulische Zwecke ausgegeben und andererseits damit nicht das Ruhrtalprojekt finanziert werden dürfe, da die Mittel in Haspe zu bleiben hätten. Daher habe die BV Haspe beschlossen, die gesamten 800,- EUR der Stadtbücherei Haspe zu geben.



Frau Burghardt führt aus, dass der Jugendrat selbst über die ihm zur Verfügung gestellten Mittel zu bestimmen habe und nicht die BV Haspe. Sie bittet darum, dass der JHA – soweit möglich – tätig werde.

Herr Strüwer gibt zu bedenken, dass nicht bekannt sei, wie es zu dem Beschluss gekommen sei. Er regt daher an, dass er und die beiden Vertreter der Jugendräte ein Gespräch mit dem Bezirksvorsteher der BV Haspe führen sollten. Frau Klos-Eckermann wird ebenfalls teilnehmen.

Herr Fischer fragt nach, welche Grundlage die BV Haspe für eine solche Entscheidung habe.

Herr Müller teilt mit, dass die Bezirksvertretung beschließe, welche Mittel zur Verfügung gestellt würden. Mittel aus Vorjahren könnten übertragen und auch noch ausgegeben werden. Wie es zu dem genannten Beschluss und der Bestimmung, die Gelder müssten in Haspe bleiben komme, könne er nicht sagen. Ein solcher Beschluss sei auch noch nicht Gegenstand in den Jugendräten gewesen.

Herr Strüwer meint, es gebe hier deutlichen Klärungsbedarf. Das Ergebnis wird er in der nächsten Sitzung berichten.

Herr Schledorn verweist auf die Haushaltslage und regt an, künftig die Gelder im laufenden Haushaltsjahr auch auszugeben.

3. Lokales Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet, dass noch nicht alle Arbeitskreise wieder getagt hätten. Sie gibt einen Überblick über die Planungen und die in Vorbereitung befindlichen Veranstaltungen. Die Einzelheiten können der Anlage zum Protokoll entnommen werden.

4. Stellenplan 2006 für den Fachbereich Jugend und Soziales Vorlage: 0164/2006

Zur Erläuterung der Vorlage teilt Herr Steuber zunächst mit, dass es nicht viele Veränderungen gebe. Erfasst seien sowohl die Stellen für den Fachbereich als auch für die ARGE. Wesentliche Änderungen gebe es bei den einzurichtenden NN-Stellen und im Bereich der OGS für die Einziehung der Elternbeiträge und die Fachberatung. Die Notwendigkeit ergebe sich hier aus dem weiteren Ausbau in den nächsten Jahren. Er führt weiter aus, dass sich insgesamt eine deutliche Konsolidierung für den städtischen Haushalt ergebe.

Herr Strüwer verweist auf die ursprünglichen Planungen, dass 65 Stellen in die ARGE verlagert werden sollten. Inzwischen seien 57 Stellen bereits abgegeben worden und für 8 weitere Stellen sei das nun vorgesehen, wobei allerdings nur 3 Stellen im Fachbereich kompensiert würden. Es stelle sich daher die Frage,



ob das nicht bedeute, dass die Stadt zwar Aufgaben durch Verschiebung wahrnehme aber einen Stellenüberhang von 5 erwirtschafte.

Herr Steuber erläutert, dass nicht alle Stellen, die zusätzlich von der ARGE benötigt würden, von der Stadt kompensiert werden könnten. Es gebe einen kommunalen Anteil von derzeit festgelegten 10 % der anfallenden Personal- und Sachkosten aller in der ARGE Beschäftigten. Bund und Bundesagentur für Arbeit hätten diesen Satz zwar auf 12,6 % neu festgesetzt, darüber befinde man sich jedoch noch im Streit. Es sei demnächst wohl genau nachzuweisen, wie hoch der tatsächliche Aufwand der Kommune sei.

Weiter teilt Herr Steuber mit, dass in einer detaillierten Vorlage nachgewiesen worden sei, dass die kommunalen Mittel oberhalb dieses 10 % - Anteils in vollständigem Umfang refinanziert würden. Damit könne bewiesen werden, dass die Kommune kostenneutral aus dieser zusätzlichen Bereitstellung hervorgehe. Eine zusätzliche Kompensierung hieße, eine 200%ige Refinanzierung.

Herr Strüwer stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

5. Kindergartenbedarfsplanung hier: Betreuung von Kindern unter 3 Jahren - Zweite Lesung - Vorlage: 0194/2006

Herr Strüwer verweist zunächst auf die Sondersitzung und bittet Frau Haack über die inzwischen geführten Gespräche zu berichten.

Frau Haack berichtet, dass mit zwei der drei genannten Einrichtungen bereits ein Gespräch stattgefunden habe, mit der dritten Einrichtung werde aus Zeit-



gründen am 28.04.2006 gesprochen. Da die Anmeldungen für das laufende Jahr bereits erfolgt seien, würden im Rahmen der Budgetregelungen Plätze für die U3-Betreuung zur Verfügung gestellt. Im Augenblick sei das bedarfsdeckend. Die Spielgruppen seien in der nächsten AG III Thema. Danach könne man festlegen, in welchen Einrichtungen es Sinn mache, bereits jetzt anzufangen.

Herr Strüwer stellt fest, dass der Intention des Ausschusses entsprochen worden sei und stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Betreuungs- und Förderangebote für Kinder unter drei Jahren ein flexibles, dem Bedarf angepasstes Handlungskonzept.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung stadtteilorientiert ein Ausbauprogramm vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der 1. Ausbaustufe im U3-Bereich für das Kindergartenjahr 2006/2007 in vollem Umfang zu realisieren.
4. Hierbei ist neben den anderen Maßnahmen die Umwandlung in kleine altersgemischte Gruppen außerhalb des GTK-NW (Gesetz über die Tageseinrichtungen für Kinder in NRW) zunächst in den Einrichtungen „Am Bügel, „Dümpelstr.“ und „Büdingstr.“ einzuplanen.
5. Aufgrund der finanziellen Gesamtsituation der Stadt Hagen werden die Kosten für die einzelnen Ausbauphasen bis zum Jahr 2010 zunächst auf insgesamt 1,5 Millionen Euro zzgl. gestiegener Einnahmen aus den Elternbeiträgen begrenzt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt unter Berücksichtigung der Eckpunkte:
 - 15 % Bedarfsdeckung
 - 1,5 Millionen Euro zusätzlicher städtischer Beitrag
 - neue gesetzliche Regelung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten
 - optimale bedarfsorientierte Struktur der verschiedenen Angebotsformen und
 - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern

jährlich eine angepasste Bedarfs –und Finanzplanung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |



Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

**6. Beratung und Maßnahmen im Übergang Schule - Beruf
Schuljahr 2005/2006
Vorlage: 0302/2006**

Herr Strüwer teilt mit, dass Frau Schmale noch einen dringenden Termin habe und der TOP 8 vorgezogen werden müsse. Er stellt Einvernehmen hierzu fest.

Frau Schmale stellt sich zunächst kurz vor und erläutert dann den vorliegenden Bericht. Dieser Bericht werde seit 1991 jetzt in der 13. Auflage erstellt und 680 von 750 Berichte seien bereits verteilt worden. Die Verteilung erfolge an LehrerInnen, Beratungsstellen, Jugendamt, Jugendzentren, Heime, Justizvollzugsanstalten usw. Inhaltlich seien erfasst, der Aufbau der Maßnahmen, die Inhalte der Maßnahmen, flankierende Maßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen usw.

Herr Strüwer bedankt sich für den Bericht und hält fest, dass es wünschenswert sei, diese Arbeit weiterzuführen. Er stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____



7. Antrag der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen auf finanzielle Förderung der Arbeit
Vorlage: 0278/2006

Herr Strüwer ruft in Erinnerung, dass bereits im letzten Jahr keine Mittel zur Verfügung gestanden hätten, um dem Antrag der Beratungsstelle auf finanzielle Förderung der Arbeit zu entsprechen. Der Vorschlag, dass die Sparkasse möglicher Sponsor der Beratungsstelle sein könne, sei nicht erfolgreich gewesen, so dass in diesem Jahr erneut über einen solchen Antrag entschieden werden müsse. Er führt aus, dass zusätzliche Ausgaben jedoch nur finanziert werden könnten, sofern sie entweder unausweichlich, gesetzlich vorgeschrieben oder zwingend erforderlich seien oder es müsse im gleichen Bereich eine Kompensationsmöglichkeit gefunden werden. Dies sei allerdings bereits im letzten Jahr nicht gelungen.

Herr Schurgacz verweist darauf, dass die Beratungsstelle eine Aufgabe für die Stadt Hagen übernehme. Die Kirche sei an der Grenze ihrer Finanzierungsmöglichkeiten. Die Stadt Iserlohn habe sich bereits im vorletzten Jahr bereit erklärt, die Beratungsstelle zu unterstützen, so dass die Hilfe weiterhin angeboten werden können. Er bittet den JHA darum, nicht nur den Antrag zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch einen Beschluss zur Förderung zu fassen.

Herr Koch berichtet, dass der Rat der Stadt Hagen am 11.05.2006 über die Verwendung der Sparkassenspende berate. In der Vorlage werde die Beratungsstelle mit einem Betrag von 5.000,- EUR berücksichtigt.

Herr Strüwer schlägt vor, dass angesichts dessen, dass in der Vergangenheit der Rat in der Regel gemäß den Vorschlägen beschlossen habe, die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis genommen werde und innerhalb der Fraktionen darauf zu drängen sei, dass der Vorschlag umgesetzt werde. Auch wenn damit nicht der beantragte Betrag zur Verfügung gestellt werde, sei dies jedoch ein erster Schritt. Er fragt Herrn Schurgacz, ob dieser seinen Antrag aufrecht erhalte.

Herr Schurgacz erläutert, dass der Betrag zwar hilfreich sei, die Einrichtung jedoch auf Dauer finanziert werden müsse. Der Verlust von 10 % aus Kirchensteuermitteln müsse aufgebracht werden. Um die Einrichtung dauerhaft zu halten, sei weitere spürbare Hilfe als fester Betrag notwendig. Er verweist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf, dass die Beratungsstelle eine Aufgabe erfülle, zu der die Kommune verpflichtet sei.

Herr Fischer meint, dass möglicherweise eine Lösung im Sinne von Kooperation im Bereich der Erziehungshilfe zu finden sei. Dazu teilt Herr Strüwer mit, dass sein Vorschlag eine Kompensationsmöglichkeit zu suchen, nicht nur die Erziehungshilfe gemeint habe. Es habe Berichte in der Presse gegeben, dass eine anderen Beratungsstelle (Zeitraum) ebenfalls Bedarf genannt habe, ohne mit einem konkreten Antrag an die Stadt Hagen herantreten zu sein. Es sei vielleicht möglich, durch Kooperation und Koordination wegfallende Mittel zu kompensieren.



Frau Burghardt unterstützt den Antrag, dass Beratungsstellen planbare Mittel zur Verfügung haben müssten, meint aber, dass alle Beratungsstellen gleich zu behandeln seien.

Herr Schledorn gibt den Hinweis, dass nach Bekannt werden der Landeszuschüsse auf jeden Fall dieses Thema zu diskutieren sei, so dass diese Vorlage entsprechend dem Vorschlag von Herrn Strüwer zur Kenntnis genommen werden solle.

Herr Schurgacz erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden, so dass Herr Strüwer Einvernehmen feststellt für den Beschluss, der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Antrag der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

8. Haushaltsplanberatungen 2006

Herr Koch teilt mit, dass die Änderungen, die den Bereich des JHA betreffen, teilweise auf aktualisierte Daten der Gebäudewirtschaft zurückzuführen seien. An einigen Stellen gebe es sowohl im Einnahme- als auch im Ausgabebereich Erhöhungen und die weitere Verteilung der Sparkassenspende könne noch bei den entsprechenden Unterabschnitten genannt werden.

Herr Strüwer ruft sodann die einzelnen Unterabschnitte auf.
UA 4070 Jugendamt

Herr Strüwer verweist darauf, dass der Kontraktbereich im wesentlichen schon beraten worden sei und daher nicht mehr vertieft werden müsse.



UA 4510 Jugendarbeit

Herr Koch teilt mit, dass eine Änderung bei der Haushaltsstelle 718 00004 Leistungen (freie Träger für vertragliche Aufgabenübernahme) zu verzeichnen sei, dort müsse eine Erhöhung um 28.000 EUR vorgenommen werden. Es handele sich hierbei um die Stundenerhöhung einer Sozialarbeiterinnenstelle des Tagesmütterwerkes (sei in einer Vorlage beschlossen worden) und um eine Konsolidierungsmaßnahme mit 10.000 EUR, die nicht habe realisiert werden können.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es hier noch Änderungen aufgrund der Beratungen zum Landesjugendplan geben werde.

UA 4520 Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

UA 4530 Förderung der Erziehung in der Familie §§ 16 – 21 SGB VIII

UA 4540 Förderung Kinder in Tageseinr./-pflege §§ 22, 23, 25 SGB VIII

UA 4550 Hilfe zur Erziehung §§ 27 – 35 SGB VIII

UA 4560 Eingliederungshilfe, Hilfe für Volljährige, Inobhutnahme

Zu diesen Unterabschnitten führt Herr Strüwer einige exemplarische Haushaltsstellen auf, die einen enormen Anstieg der Ansätze aufweisen. Herr Koch erläutert dazu, dass bei der Haushaltsstelle 4560 770 00000 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche § 35 a trotz des Anstiegs von 644.414 EUR auf 900.000 EUR eine weitere Erhöhung um 500.000 EUR auf 1.400.000 EUR nötig sei.

Herr Strüwer bittet um Angabe der Gründe für diesen Anstieg.

Dazu teilt Herr Kothe mit, dass man unterscheiden müsse zwischen Hilfen zur Erziehung, Hilfen für Familien, Hilfen für junge Erwachsene und Eingliederungshilfe. Die Haushaltsstelle 4560 761 0000X Kosten Inobhutnahme §§ 42/43 habe lediglich eine haushaltmäßige Korrektur erfahren. Auch in der Vergangenheit seien diese Kosten entstanden und ausgegeben worden, allerdings mangels Rechtssicherheit aus der Haushaltsstelle 4550 772 00104 Hilfen in Einrichtungen.

Bei der Haushaltsstelle 4530 772 00404 Gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern mit Kind § 19 befinde man sich im pflichtigen Bereich, d.h. sobald die Voraussetzungen für die Hilfestellung vorlägen, müsse die Hilfe gewährt werden, wobei durch das KICK die Voraussetzungen für die Hilfestellung erweitert worden seien. Der Gesetzgeber sei selbst auch davon ausgegangen, dass deutliche Mehrausgaben zu erwarten seien. Außerdem habe es in den ersten Jahren kein Angebot gegeben, um diesen Anspruch erfüllen zu können. Diese Hilfen seien jetzt aber ausgebaut und würden in Anspruch genommen.

Herr Kothe führt weiter aus, dass die Tagespflege durch die ARGE an Bedeutung gewonnen habe. Die Fälle in der Tagespflege hätten sich vervielfacht. Insbesondere sei es nicht möglich, auf eine Betreuung im Kindergarten zu verweisen.

Weiter gibt Herr Kothe an, dass auch im Einnahmebereich erhebliche Mehreinnahmen zu verzeichnen seien, wie z. B. bei der Haushaltsstelle 4550 251 00101 Kostenersätze und Kostenbeiträge. Hier könne der Ansatz von 80.000



EUR auf 180.000 EUR erhöht werden. Auch im Erstattungsbereich für andere Jugendhilfeträger könne eine positive Entwicklung vorausgesagt werden. Im Bereich der anderen Erziehungshilfen (§ 27) gebe es die Veränderung, dass statt der sehr teuren stationären Unterbringung in der Regel die notwendigen und angemessenen Hilfen erbracht werden könnten.

Herr Kothe erinnert an den Beschluss, die Hilfen für Familien auszubauen, um anderweitige stationäre Unterbringungen zu vermeiden. Dieser Bereich könne damit nicht Konsolidierungsbereich sein, sondern umfasse Mehrausgaben.

Zur Haushaltsstelle 4560 770 00000 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche § 35 a erläutert Herr Kothe, dass durch die Änderung des Gesetzes die Hilfestellung nur noch unter dem Gesichtspunkt der wesentlichen Behinderung geschehen solle. Dies sei in der Vergangenheit in Hagen bereits so entschieden worden. Es gebe in Hagen rund 100 Kinder, die dieser Hilfe bedürften, davon rund 10 % stationär. Außerdem wälze der Landschaftsverband ganz massiv Kosten auf die Kommunen ab, insbesondere bei der Antragstellung junger Volljähriger und Erwachsener. Die ersten Klagen gegen den Landschaftsverband würden überlegt. Weiterer Kostenfaktor sei, dass die Kosten für den Integrationshelfer in Schulen wieder von den Kommunen und nicht von der Schule zu tragen sei. Auch im Bereich der Lernleistungsstörungen müsse die Jugendhilfe dort, wo die Schule diese Hilfe nicht anbiete, den Bedarf decken.

Herr Steuber führt noch an, dass im Bereich der Hilfe zur Erziehung eine ganze Menge getan worden sei. Er weist u. a. auf das Qualitätshandbuch hin, Ziele seien formuliert und für die verschiedenen Ziele seien Indikatoren benannt worden. Im interkommunalen Bereich stehe Hagen bestens da.

UA 4810 Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)

Zur Haushaltsstelle 4810 161 00002 Erstattung vom Land (UVG) teilt Frau Krause mit, dass der Ansatz auf 1.640.000 EUR erhöht werden könne. Dies ergebe sich daraus, dass zwei Einnahmen aus 2005 erst in 2006 eingegangen seien.

Bei der Haushaltsstelle 4810 788 00004 Leistungen UVG werde der Ansatz auf 3.100.000 EUR erhöht.

Herr Strüwer schließt den Verwaltungshaushalt und ruft den Vermögenshaushalt auf.

Herr Koch teilt mit, dass aus der Sparkassenspende 15.000 EUR für die Einrichtungen der Jugendarbeit vorgesehen seien, und zwar um die Spielangebote in Brockhausen weiterführen zu können. Im Kindergartenbereich würden 10.000 EUR eingesetzt, um die Sprachkurse für Migrantenkinder fortführen zu können und im Vermögenshaushalt seien 10.000 EUR für den Kinderschutzbund vorgesehen, und zwar für den Neubau in der Potthofstraße.

Herr Strüwer schließt den Vermögenshaushalt und ruft das Investitionsprogramm auf.

UA 4600 Neu-/Umbau und Grundinstandsetzung von Kinderspielplätzen



Herr Schledorn bittet um Erklärung der Absenkung der Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung auf 260.000 EUR.

Herr Koch teilt mit, dass die Beträge in 2008 und 2009 die bisherigen Beträge wären. In den Vorjahren seien die Ansätze um die nicht abgeflossenen Beträge aus Vorjahren erhöht worden. Die Ansätze 2005 bis 2007 enthielten daher die nicht abgeflossenen Mittel.

Herr Steuber schlägt vor, zur nächsten Haushaltsplanberatung die Verwendung der Mittel darzustellen.

Herr Strüwer stellt den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt und das Investitionsprogramm zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt unter Bezugnahme auf den Entwurf des Haushaltsplanentwurfes 2006 (Auszug für die Beratung im JHA)

- a) dem Verwaltungshaushalt unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Veränderungen
- b) dem Vermögenshaushalt unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Veränderungen
- c) dem Investitionsprogramm zu.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____



**9. Haushaltskonsolidierung und Umstrukturierung in der kommunalen Drogenhilfe zur Kompensation ausfallender Landesmittel und bedarfsgerechter Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II
Vorlage: 0308/2006**

Herr Steuber teilt mit, dass diese Vorlage notwendig sei, weil das Land sich ab 01.04.2006 aus der Finanzierung der Drogenfachkraft zurückgezogen habe. Er verweist auf die Kooperationsvereinbarung mit der JVA Hagen und die bisherigen Verhandlungen. Die Stelle könne insgesamt beibehalten werden, wenn das Angebot der Stadt Gevelsberg angenommen werde. Weiter weist Herr Steuber darauf hin, dass nach dem SGB II die Kommune verpflichtet sei, die Kosten für die Betreuung und Beratung drogenabhängiger und drogengefährdeter SGB II – Hilfeempfänger zu übernehmen. Er meint, der geänderte Aufgabenbereich, also JVA Betreuung, die Arbeit für Gevelsberg und für die ARGE, solle fortgeführt werden.

Herr Strüwer erklärt, dass Düsseldorf gebeten worden sei, Gelder für die JVA zur Verfügung zu stellen, die dann entsprechend eingesetzt werden könnten, um Dienstleistungen der Stadt Hagen einkaufen zu können.

Herr Schledorn teilt mit, dass der Beirat der JVA Hagen die Justizministerin gebeten habe, die Kürzungen zurückzunehmen.

Herr Strüwer stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Umstrukturierung der kommunalen Drogenhilfe wird zugestimmt. Den Fachausschüssen wird nach einem Jahr ein Erfahrungsbericht vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____



10. Anfragen gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Keine

Herr Strüwer bedankt sich bei im Namen des JHA bei Herrn Quitter für die bisherige gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>	
Frau Burg-Ahrendt, Claudia	Jugendring	
Frau Burghardt, Christa	Kinderschutzbund	
Herr Feldhaus, Uwe		
Herr Finkensiep, Michael		
Herr Fischer, Frank c/o Evangelische Jugend	Ev. Jugend	
Herr Gebauer, Michael	Caritas	
Herr Haensel, Thomas	Diak. Werk	ab 16.15 Uhr
Herr Halfter, Michael	Landgericht	nicht anwesend
Herr Homm, Claus		
Herr Kothe, Eckard		
Frau Lebuser, Christiane		
Frau Nowicki, Jutta	Ev. Kirche	
Frau Schulz, Ingrid	Tagesmütterwerk	
Herr Schurgacz, Johannes	Kath. Kirche	
Herr Steuber, Gerd Fachbereich Jugend & Soziales	Stadt Hagen	
Herr Traut, Frederik		
Herr Zoremsky, Joachim	Polizeipräsidium	
Hagen		
Frau Klos-Eckermann, Sybille	SPD	
Herr Schledorn, Jörg	SPD	
Frau Kurte, Hildegard	CDU	
Herr Reinke, Detlef	CDU	
Herr Strüwer, Wilhelm	CDU	
Frau Köppen, Karin	GRÜNE	
Herr Brüggemann, Fritz	BfH	

Gez. Strüwer
Vorsitzende/r

Gez. Liley
Schriftführer/in